

**Bündnis 90 / DIE GRÜNEN**  
im Rastatter Gemeinderat  
Manuel Hummel • Hindenburgstr. 1 • 76437 Rastatt  
Tel. priv.: 07222 / 1658 388  
mobil: 01577 - 358 258 5

eMail: [Hummel-Rastatt@t-online.de](mailto:Hummel-Rastatt@t-online.de)

---

Rastatt, 14. Oktober 2024

Hallo Herr Matt!

Gut, dass Sie mich direkt angeschrieben haben. Eine Diskussion zwischen EinwohnerInnen und einzelnen GemeinderätInnen ist in einer Bürgerfragestunde rechtlich nicht zulässig.

Ihrem Auftritt im Gemeinderat und Ihrem Schreiben entnehme ich, dass Sie wütend sind. Wut ist allerdings kein guter Ratgeber und keine gute Voraussetzung für eine sachliche Auseinandersetzung.

Mir ist allerdings nicht klar, was sie letztlich erreichen wollen.

Zwar bieten Sie mir eine „*kooperative Zusammenarbeit*“ an - allerdings erst, nachdem Sie mir vorgeworfen haben

- die Fakten zu ignorieren
- diese der Bevölkerung wissentlich verschwiegen zu haben
- die grünen Grundwerte zu verraten
- und schließlich - fett gedruckt - zu lügen.

Keine guten Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit!

Falls Sie davon ausgehen sollten, dass ich lüge, macht es für Sie wenig Sinn, weiter zu lesen. Da Ihr Schreiben jedoch ausdrücklich öffentlich war, möchte ich dennoch auf dessen Inhalt eingehen.

Die vielfältigen von Ihnen genannten Aktivitäten des Rastatter NaBu will ich in keiner Weise schmälern!

Abgesehen von Ihrer Person arbeite ich mit dem NaBu und den anderen Naturschutzverbänden gut zusammen. Dies war so, als wir gemeinsam die Ostanbindung des Baden-Airparks verhindert haben. Dies war so, als es um die Süderweiterung des Daimler-Geländes ging. Und dies ist so, wenn es um die Revitalisierung unserer Auenwälder geht. Auch bei meinen ständigen Stellungnahmen in der Regionalversammlung stütze ich mich gerne auf die Expertise der Fachleute vom NaBu.

Nachweislich unwahr ist Ihre Behauptung, das im dritten Abschnitt Ihres Schreibens erwähnte Zitat sei Ihnen „*über Dritte zugetragen*“ worden. Dieses Zitat stammt aus einer privaten eMail, die ich am 19. Februar an ein NaBu-Mitglied geschickt habe. Dabei habe ich Sie bewusst in CC gesetzt, weil ich mit offenem Visier streite und es nicht meinem Stil entspricht, „hintenrum“ zu agieren.

Der Inhalt der besagten eMail liegt Ihnen also seit Februar vor. Es war Ihre Entscheidung, diesen öffentlich zu machen.

Darin schreibe ich: „*Allerdings hat sich der NABU Rastatt mit seiner absurden naturschutzfachlichen Bewertung des Standortes Münchfeldsee aus der sachlichen Diskussion verabschiedet und den ehrenamtlichen Naturschutz der Lächerlichkeit preisgegeben.*“ Diese Bewertung bezieht sich ausdrücklich und ausschließlich auf den Standort Münchfeldsee des gepanteten Zentralklinikums, und nicht auf die Querspange!

Meine Einschätzung habe ich bereits frühzeitig (u.a. vor dem Bürgerentscheid im RAZ) öffentlich geäußert (s. den Beitrag „*Auch aus ökologischer Sicht ist Münchfeldsee der beste Standort für das Klinikum*“ unter [manuel-hummel.eu](mailto:manuel-hummel.eu)).

Dass ich damit richtig gelegen habe, bestätigt das Gutachten von WANKNER UND FISCHER vom 2. März 2023: „Aus natur- und artenschutzfachlicher Sicht eignet sich der Standort „Am Münchfeldsee“ für den Neubau des Klinikum Mittelbaden aufgrund der Vorbelastung durch die intensive Sport-Nutzung und der damit einhergehenden geringen bis mittleren Wertigkeit der Fläche.“ Und: „Vom Vorhaben gehen voraussichtlich keine Beeinträchtigungen aus, welche die Schutzgebiete betreffen.“

An den Aussagen des NaBu zu den schutzwürdigen Vorkommen entlang der Querspange habe ich hingegen keine Zweifel geäußert. Sie werden ja auch durch das o.g. Gutachten bestätigt. Im o.g. RAZ-Artikel habe ich zur Querspange geschrieben: „Was den Blick auf den Münchfeldsee künftig allerdings beeinträchtigen wird, ist die Querspange. Darüber hinaus wird dieses neue Asphaltband nicht nur eine optische Barriere zur offenen Landschaft darstellen, sondern auch die Frischluftzufuhr unterbrechen, zusätzliche Hitze produzieren und für viele Tiere unüberwindbar sein. Wer die Querspange fordert, kann nicht glaubwürdig unter ökologischem Deckmantel gegen das Krankenhaus argumentieren.“

Mir ist allerdings nicht bekannt, dass sich der Rastatter NaBu jemals öffentlich gegen die Querspange gestellt hätte, bevor das Klinikum im Rahmen des Bürgerentscheids zum Thema wurde.

Ebenfalls geschrieben habe ich, dass „es fatal (wäre), wenn sich die Naturschutzverbände so einfach damit abfinden würden, dass geschützte Natur überbaut wird.“ Aber auch, dass ich „als (Kommunal-)Politiker, auch als grüner, nicht nur den Schutz der Natur im Auge zu behalten (habe), sondern u.a. auch dafür sorgen (muss), dass wir in weniger als 10 Jahren ein neues Klinikum stehen haben.“

Durch Ihr Schreiben zieht sich die Vorstellung, die Querspange sei Teil der Planungen für das Zentralklinikum. Das ist falsch, wie sich allein schon aus dem zeitlichen Ablauf der beiden Planungen ergibt! Beides sind zwei separate Planungen, die sich zwar gegenseitig beeinflussen und jetzt aufeinander abgestimmt werden müssen, die aber per se auch alleine realisiert werden könnten. Das Regierungspräsidium Karlsruhe musste ja sogar regelrecht durch den Verkehrsminister dazu verdonnert werden, die Anbindung des Klinikums überhaupt in seine Planungen aufzunehmen!

Die Querspange ist ursprünglich eine Maßnahme zur Entlastung des Münchfelds vom Lärm der B3 und zur direkten Anbindung des Daimler-Werks an die Autobahnanschlussstelle Rastatt Süd. Sie ist ein weiteres trauriges Beispiel dafür, dass neue Straßen weitere neue Straßen nach sich ziehen. Schutz der Menschen vor Lärm und Abgasen ist wichtig. Aber eine wirkliche Reduktion wird nicht durch Verlagerung des Verkehrs und Straßenneubauten erfolgen, sondern durch eine Verkehrswende hin zum Umweltverbund und eine Antriebswende hin zu Elektromotoren. Dies betrachtete ich als primäre Aufgabe grüner Politik.

Es wäre nun einfach, konsequent und radikal, sämtliche Straßenneubauten abzulehnen. Aber weder die Bündnisgrünen noch der NaBu noch die anderen Umweltschutzverbände ziehen das durch. Jüngstes Beispiel: die Umfahrung von Hügelsheim in Tieflage.

Warum? Weil es im konkreten Einzelfall doch ab und zu mal Gründe gibt, denen ein höheres Gewicht eingeräumt wird als dem Naturschutz. Und weil uns heute (auch dank bündnisgrüner Politik!) ein ausgefeiltes Instrumentarium von Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung steht. Diese als „Billigheimer-Ausgleich“ und als „Schönfärberei“ abzutun, „die in der Praxis meistens nicht funktioniert“, halte ich für sachlich falsch und strategisch gefährlich, weil damit die Naturschutzverbände ein ziemlich effektives Druckmittel aus der Hand geben würden.

Ich darf darauf hinweisen, dass es gerade der NaBu war, der sowohl die Erstansiedlung des Daimler-Werks in den Rheinauen als auch die zuletzt geplante Süd-Erweiterung zugunsten weitreichender Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen akzeptiert und damit letztlich ermöglicht hat.

Im Rahmen der „Grundlagenvereinbarung über die Entwicklung des Werksgeländes der Daimler AG am Standort Rastatt (Rastatter Vertrag)“ haben die Naturschutzverbände (u.a. auch der NaBu) immerhin den Verzicht auf die „Verlängerung der Querspange durchs Rastatter Bruch“ (§3 Abs. 5) erreichen können.

Entscheidend für die Realisierbarkeit der Querspange wird sein, ob die Eingriffe in das FFH-Gebiet die Erheblichkeitsschwelle überschreiten (wovon ich ausgehe), ob diese ausgeglichen werden können (hier kennt sich der NaBu ja aus, siehe Daimler!) und ob es Alternativen zur jetzigen Planung gibt. Ich bin sicher, dass dabei die geltenden Gesetze (auch das LNatSchG) eingehalten werden. Etwas anderes werden wir Bündnisgrünen nicht akzeptieren. Die von der NaBu-Ortsgruppe favorisierte Tunnel-Lösung halte ich für nicht zielführend. Wie Sie darauf kommen, ich sei nicht bereit, dafür Geld auszugeben, ist mir schleierhaft. Ich habe mich niemals in dieser Weise geäußert! Aber ein bergmännischer Tunnelbau ist auf dieser kurzen Strecke wegen der dann zu starken Steigungen nach meinen Informationen nicht möglich, und ein offener Bau würde all die Biotope zerstören, die er eigentlich bewahren soll.

Was nun das neue Klinikum anbelangt, so nehme ich Ihr Bekenntnis zu einem Zentralklinikum erfreut zur Kenntnis - aber es ist billig, wenn Sie gleichzeitig beide von der Stadt benannten Standorte für ungeeignet erklären, ohne jeden Hinweis darauf, welchen realisierbaren Standort sie für geeignet halten. Und es ist demokratisch fragwürdig, wenn Sie das Ergebnis des Rastatter Bürgerentscheids ignorieren.

Dass Sie ausgerechnet uns Grünen vorwerfen, das Zentralklinikum „auf Biegen und Brechen“ nach Rastatt holen zu wollen, ist einigermaßen schräg. Schließlich waren es gerade wir Bündnisgrünen in Kreistag und im Baden-Badener Gemeinderat, die von Anfang an gemeinsam an den Standortkriterien gearbeitet haben - immer mit dem klaren Fokus, den besten verfügbaren Standort zu finden, völlig unabhängig von der Gemarkung. Ich kann dies aber auch von allen anderen Fraktionen im Rastatter Kreistag sagen.

Offensichtlich ist Ihnen bis heute nicht bekannt, welche Vorgaben und Entwicklungen dazu geführt haben, dass nur 5 Standorte in Rastatt und Baden-Baden in der Endausscheidung waren. Mit der Vorgabe des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums vom Februar 2021, dass ein Krankenhaus nur in einem Mittelzentrum entstehen dürfe, waren alle kleineren Landkreismunicipalitäten bereits frühzeitig aus dem Rennen. Übrig blieben neben Rastatt und Baden-Baden noch Gaggenau und Bühl. Dass die Erreichbarkeit für Rettungswagen aus allen Ecken des Landkreises und dem Oostal aber nur in einem Bereich zwischen Rastatt und Oos ausreichend sein würde, ist schon mit einem Blick auf die Landkarte klar. Auch Bühl und Gaggenau waren damit ausgeschlossen, aber auch Flächen am nördlichen Rastatter Stadtrand.

Damit war auch klar, dass es eines objektiven und von beiden Gesellschaftern akzeptierten Verfahrens bedarf, um zu entscheiden, welche der beiden verbleibenden Kommunen den Zuschlag erhalten sollte.

Wie sie richtigerweise schreiben, haben die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen - in den Gemeinderäten von Rastatt und Baden-Baden, im Rastatter Kreistag und in der Regionalversammlung Mittlerer Oberrhein - frühzeitig versucht, auf die Kriterien für die Standortwahl Einfluss zu nehmen. Diejenigen in Baden-Baden, die jetzt lautstark wahlweise gegen ein Zentralklinikum, gegen den Standort eines Zentralklinikums oder überhaupt gegen ein kommunales Krankenhaus trommeln, haben das verschlafen. Unsere Anträge sind auf meiner Homepage einsehbar (<http://manuel-hummel.eu/wp-content/uploads/2022/06/PI-zu-Andree-Consult.doc.docx>). Sie wurden in öffentlichen Sitzungen beraten. Damit geht Ihr Vorwurf ins Leere, wir hätten der Bevölkerung in dieser Hinsicht irgend etwas verschwiegen.

Ich persönlich hätte es bevorzugt, wenn der Regionalverband in einem abgeschichteten Verfahren (so, wie er es derzeit bei der Windkraft-Planung macht) nach geeigneten Standorten gesucht hätte (siehe unser 1. Antrag). Es war aber die mehrheitliche Entscheidung der Gesellschafter-Gremien, nur Vorschläge aus den Kommunen in die Auswahl einzubeziehen. Ich muss im Nachhinein zugestehen, dass diese Verfahrensweise durchaus ihre Berechtigung hatte: andernfalls wären u.U. Flächen als geeignet herausgekommen, die uns gar nicht zur Verfügung stehen. Naturschutzgebiete und FFH-Gebiete waren rechtlich ohnehin ausgeschlossen, weshalb wir auch unseren 3. Antrag zurückgezogen haben.

In der Absicht, mit PFC belastete Flächen bevorzugt zu bebauen, haben wir erfolgreich beantragt, Flächenrecycling/Flächenkonversion als zusätzliches Kriterium einzuführen. Dies hat letzten Endes dazu geführt, dass das Merzeau-Gelände unter diesem Aspekt höher bewertet wurde.

Dass die zentral gelegene und hervorragend erreichbare Fläche am Baden-Badener Segelflugplatz vom dortigen Gemeinderat gar nicht erst nominiert wurde, liegt an den dortigen Grundwasserströmen, die für die Trinkwasserversorgung Baden-Badens unverzichtbar sind. Übrig blieben somit aus Baden-Baden die Optionen Sandweier/Weiher, Haueneberstein/Wörnersangewand und Balg.

Grundsätzlich wurde bei der Bewertung der Standorte deren Zuwegung NICHT en detail mitbewertet, sondern nur der Standort selbst. Positiv in die Bewertung eingeflossen ist lediglich das reine Vorhandensein einer Verkehrsanbindung (sowohl straßenmäßig als auch auf der Schiene) unter Auswahlkriterium 6.1.

Auch bei allen übrigen Vorschlägen wurde dies so gehandhabt. Dies kann man kritisieren. Wenn aber - wie von Ihnen gefordert - auch die Erschließungswege miteinbezogen worden wären, hätten auch die übrigen Optionen gewaltige Probleme offenbart: so liegt der Standort „Weiher“ unmittelbar südlich der Münchfeld-Siedlung z.T. im Wald und im Wildtier-Korridor, und für eine bessere Erreichbarkeit des Klinikums Balg wäre eine Straße von Haueneberstein quer durch die dortige Grünzäsur und den Streuobst-Gürtel vorgesehen gewesen.

*„Insgesamt sehen wir in einem Neubau eine riesige Chance für ein ökologisch optimiertes Krankenhaus: mit möglichst geringem Flächenverbrauch, CO2-neutraler Energieversorgung, intensiver Begrünung, optimaler ÖPNV-Anbindung auf der Schiene.“* (Stellungnahme im Kreistag zum aktiva-Gutachten 23. Februar 2021)

Sie werfen mir vor, „das letzte Rastatter Natur-Tafelsilber zu verscherbeln“. Ich halte dies für eine seltsame Beschreibung dafür, dass ich versuche, den Bau eines Krankenhauses zu ermöglichen, das letztlich uns allen zugute kommt. Weder habe ich selbst irgendwelche persönlichen Vorteile davon, noch wird hier irgend was an irgend wen verkauft. Zudem suggeriert Ihre Formulierung, dass es nach dem Bau der Querspange oder/und des Zentralklinikums (es wird nicht klar, worauf sie sich beziehen) keine wertvollen Naturschutzflächen mehr in Rastatt gäbe. Ich halte diese Botschaft für heikel!

Natur und Umwelt in Rastatt werden auch weiterhin engagierte Menschen brauchen, sowohl in den Verbänden als auch in den Parteien. Einige aktuelle Herausforderungen haben Sie bereits genannt. Dafür sind wir gerne zu einer konstruktiven Zusammenarbeit und sachlichen Auseinandersetzung bereit.

Wer - wenn nicht Bündnis90/Die Grünen - sollte denn Partner für den NaBu sein?

Mit freundlichen Grüßen,

Manuel Hummel

PS: Obwohl Sie dies in Ihrer „Anmerkung“ so formulieren, „*obliegt es*“ nicht mir, Ihr Schreiben an wen auch immer weiterzuleiten. Das überlasse ich Ihnen schon selbst. Ich werde aber meine Antwort auf meiner Homepage [manuel-hummel.eu](http://manuel-hummel.eu) veröffentlichen. Dort sind darüber hinaus auch zahlreiche weitere Positionen von mir zum Themenkreis Klinikum zu finden, auf die ich mich hier bezogen habe.